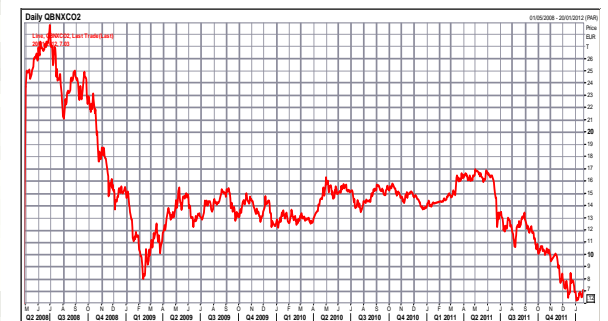




- Zakupimy dla Państwa CO2 na giełdzie
- Sprzedamy Państwa CO2 na giełdzie
- Doradzimy przy zawieraniu umów Forward
- Dokonamy dla Państwa wymiany EUA/CER; CER/CER
- Zarządzamy certyfikatami EUA i CER



EUA Preis 05.2008 – 01.2012

Quelle: Bluenext

2012-01 News-emisje CO2

Praktische Informationen zum Emissionshandel

Ausgabe vom 23.01.2012

Polnische Sejm-Abgeordnete wollen zusammen mit der Solidarność den Europäischen Emissionshandel mit neuem EU-Gesetz stoppen

Der ehemalige polnische Parlamentspräsident und Gründer der Partei Recht und Gerechtigkeit, Marschall Ludwik Dorn, startete am 02.01.2012 in Kattowitz mit weiteren 20 Abgeordneten des polnischen Parlaments auf der Grundlage einer Arbeitsgruppe mit dem Namen „Solidarna Polska“ eine Initiative, die die für Polen und weitere EU-Länder schädliche Auswirkung des EU-Klimaabkommens stoppen soll. Um dieses Ziel zu erreichen, soll das ab 01.04.2012 geltende EU-Recht angewendet werden, welches das Mittel einer Europäischen Bürgerinitiative zulässt.

Damit würde zum ersten Mal in Europa entschieden, über den Weg einer Europäischen Bürgerinitiative die Europäische Kommission dazu aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzustellen, der das ab 01.01.2013 in der EU geltende Klimapakett stoppen und einstellen soll.

Hauptgrund für die Gründung der Initiative sind die zu erwartenden Auswirkungen des Emissionshandels auf die Energie- und Kostensituation in Polen sowie der damit auch befürchtete Arbeitsplatzabbau. Mit zu den Unterstützern der Initiative zählt offensichtlich auch die auch im übrigen Europa bestens bekannte Gewerkschaft Solidarność des ehemaligen Funktionärs Lech Walesa, die die Massen mobilisieren will.

Bei einer Pressekonferenz am 02.01.2012 in Kattowitz haben die Sejm Abgeordneten Ludwik Dorn und Mariusz Jędrysek (parteilos) zusammen mit Zbigniew Ziobro und Jacek Kurski (ehemalige Mitglieder der Partei PiS Prawo i Sprawiedliwość /Recht und Gerechtigkeit) bekanntgegeben, dass sie auf der Grundlage einer parlamentarischen Arbeitsgruppe mit

dem Namen „Solidarna Polska“ zusammen mit 20 weiteren Sejmabgeordneten eine Bewegung gestartet haben, die die für Polen und weitere EU-Länder schädlichen Auswirkungen des EU-Klimaabkommens stoppen soll.

Hauptinitiator, Ausgangsbasis und treibende Kraft gegen das EU-Klimapakett für die Jahre 2013-2020 ist die am 07.11.2011 durch ursprünglich 16 Abgeordnete gegründete Parlamentsgruppierung „Solidarna Polska“. Damit wurde eine im polnischen Parlament bezeichnete Möglichkeit genutzt, eine Parlamentsgruppierung (Klub) zu gründen, der sich auch andere Abgeordnete verschiedener Parteien anschließen können. Gründungsvoraussetzung für eine auch als Arbeitsgruppen-Initiative zu bezeichnende Vereinigung (Klub) ist eine Anzahl von mindestens 15 Abgeordneten.

Solidarna Polska ist damit die 6. Parlamentsgruppierung im Sejm und auch die kleinste, im Vergleich z. B. mit der Bürgerlichen Gruppe „Parlamentarna Platforma Obywatelska“ mit 207 Abgeordneten.

Solche Parlamentsgruppierungen (Klubs) sind dabei nicht zu verwechseln mit den Parteien. Jedoch ist es Tatsache, dass die meisten Gründungsmitglieder der „Solidarna Polska“ aus dem Umfeld der rechtsorientierten PiS Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit) kommen, deren Mitbegründer der bei einem Flugzeugabsturz umgekommene ehemalige Präsident Lech Kaczyński war.

Insofern versteht sich Solidarna Polska auch als oppositionelle Bewegung gegen die offizielle Linie in Sachen Klimaschutz des Ministerpräsidenten Donald Tusk mit seiner Regierungskoalition aus seiner Partei



Bürgerplattform (Platforma Obywatelska) und der Bauernpartei Polskie Stronnictwo Ludowe) des Waldemar Pawlak (stellvertretender Ministerpräsident).
Die Verantwortlichen: siehe auch Infobox Nr. 2, Seite 5.

Das geplante EU-Referendum (EU-Bürgerinitiative)

Die vier Initiatoren der EU-Bürgerinitiative hatten zum Jahresanfang bewusst Kattowitz als Ort gewählt, um die Idee der Abschaffung bzw. Reform des Klimaabkommens zu verkünden. Die Stadt Kattowitz ist in der Industrieregion Schlesien der zentrale Symbolort für die dort ansässige Industrie und die mit ihr verbundenen Arbeitsplätze, die es u. a. durch die EU-Bürgerinitiative zu schützen gilt.

Die Gründer der EU-Initiative möchten im Referendum den Europäer die Frage stellen, ob diese für oder gegen die Umsetzung des Klimapaketes bis 2020 sind. Polen und seine Bürger sollen nach der Meinung der Initiatoren ein Vorreiter für die Stärkung der Zivilgesellschaften in Europa werden. Hierbei soll insbesondere die jeweilige nationale Hoheit über die Sicherung der Arbeitsplätze, der Begrenzung von Energiekosten für Unternehmen und Privatpersonen und die Entscheidungsgewalt über die den offensichtlich entgegenstehenden Interessen des Klimaschutzes behalten werden.

Um diesem Ziel jetzt rasch näher zu kommen, soll ein europaweites Referendum durchgeführt werden, wofür eine Million Unterschriften in mindestens 7 EU-Ländern gesammelt werden müssen. Die Sammlung der Unterschriften soll am 1 April 2012 beginnen, also an dem Tag, an dem das entsprechende EU-Gesetz in Kraft treten wird.

Nachdem innerhalb von 12 Monaten die Unterschriften zusammengekommen sind, werden diese der Europäischen Kommission übergeben, die dann drei Monate Zeit hat, um zu den Forderungen des Referendums Stellung zu nehmen (siehe auch Infobox Nr.2, Seite 3).

Der Gründer der Initiative Ludwik Dorn brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, dass in Polen die Gewerkschaften, die Arbeitgeberverbände, die Energieversorger und große Teile der Bevölkerung diese Aktion befürworten werden. Zudem werden schon jetzt durch die dahinter stehenden Politiker der Solidarna Polska Gespräche mit Vertretern anderen Ländern geführt, vor allem bei den potenziell Verbündeten Nationen Tschechien, Slowakei, Bulgarien und Rumänien.

Insgesamt wird es laut Ludwik Dorn das Ziel sein, dass die Solidarna Polska mindesten ein Viertel Europas auf die Beine bringt, um dann mit geballter Macht der sich

dahinter vereinenden Interessengruppen auf Brüssel und Straßburg zu marschieren.

Erfahrungen in Sachen Klima liegen bei der Solidarna Polska schon vor. Jacek Kurski hatte in seiner Funktion als Europaabgeordneter schon im Jahr 2011 eine förmliche parlamentarische Anfrage (Interpellation) an die Europäische Kommission gerichtet.

In dieser wurde darauf hingewiesen, dass die Kommission ihre auf den Klimawandel bezogene Politik revidieren muss und eine neue klimatische Strategie entwickeln soll, die den tatsächlichen Zustand und nicht die eingebildete Gefahr eines Klimawandels berücksichtigt (siehe auch Kapitel Solidarna Polska / „Klima-Lüge“).

Die von Solidarna Polska beschworene Gefahr für Polen und andere EU-Länder

Die EU verfügt nach Meinung der Solidarna Polska nicht über eine faire Kostenanalyse ihrer Klimapolitik für einzelne Länder und Regionen. Polen wird infolge dessen von allen EU-Ländern die höchsten Kosten der Realisierung des Klimapaketes tragen. Die bestehende Situation und die Gründe für die Ablehnung listet Solidarna Polska wie folgt auf:

- Ein sehr hoher Anteil der polnischen Energie wird aus Kohle erzeugt, was naturgemäß eine hohe Kohlendioxid-Emission verursacht.
- Polen hat aber auch einen großen Waldbestand, der eine beträchtliche Menge der CO₂ Emission absorbiert. Von daher kann also die ökologische Situation Polens für sich alleine gesehen als gut und ausgeglichen betrachtet werden.
- Schon frühzeitig werden nach Schätzungen die Energiepreise wie z. B. die Heizungs-wärme in Polen im Jahr 2013 um 30-40% steigen, in weiterer Perspektive können die Preise sogar um 60-80-% steigen.
- Wenn das Klimaabkommen ab 2013 umgesetzt wird, dann müssen die Polen nach Schätzungen der Solidarna Polska auch rund 80% höhere Stromrechnungen hinnehmen, die jeder einzelne zahlen müssen.
- Es wird sich nicht mehr lohnen, eine Fabrik in Polen zu besitzen, weil die Produktion zusammen mit den Arbeitsplätzen nach China oder in die Ukraine verlagert werden wird bzw. auch in andere EU-Länder, in denen die Energie billiger ist.
- Die Vernichtung von Arbeitsplätzen wegen der Produktionsverlagerung aufgrund sehr hoher Umweltschutzkosten – im Emissionshandel auch Carbon-Leakage genannt – ist schon programmiert.



- Nach Angaben der Gewerkschaft Solidarność wird Polen durch die Regeln des Klimaabkommens und EU-Emissions-handels 250.000 Arbeitsplätze verlieren.
- Die Auswirkung des Klimaabkommens ist nach Meinung der Solidarna Polska nicht nur für Polen, sondern auch für andere EU-Länder sehr gefährlich, weil sich die Volkswirtschaften nur dann ungehindert entwickeln können, wenn sie Zugang zu sicherer und günstiger Energie haben, die aus eigenen, heimischen Ressourcen produziert wird.
- Es werden bald kolossale Konsequenzen für die polnische auf Kohlen basierende Wirtschaft eintreten, die insbesondere auch das Herz Schlesiens treffen wird, in dem sich die riesigen Steinkohlevorkommen Polens befinden.
- Nach Schätzungen des Europaabgeordneten Jacek Kurski würden alleine die Anpassung Polens an die Anforderungen des EU-Klimaabkommens über 100 Milliarden Zloty kosten, wobei die bisherige Netto-Hilfe der EU für Polen nur wenig mehr als „ein paar Milliarden“ betragen würde.

Um dieses fatale Szenario für Polen und anderen EU-Ländern zu verhindern, soll die europäische Bürgerinitiative gestartet werden, um die eigenen nationalen Interesse zu verteidigen sowie auch die Interessen der neuen Mitgliedstaaten aus dem ehemaligen Ostblock, die ähnlich wie Polen durch das Klimapakete viel verlieren werden.

Ebenfalls voll im Boot ist vor allem die bekannte Gewerkschaft Solidarność, die vor den negativen Auswirkungen der Umsetzung auf die polnische Wirtschaft warnt und eine Überprüfung und Neuverhandlung des Klimaabkommens verlangt, welches zu sprunghaften Steigerungen der allgemeinen Kostenbelastung führen und mehrere hunderttausend Arbeitsplätze kosten wird.

Als Haupturheber für die geplante Umsetzung des Klimapaketes hat die Solidarna Polska übrigens vor allem Frankreich ausgemacht, wo 78% der Energie in Kernkraftwerken produziert werden, die kein Kohlendioxid emittieren. In Polen wird über 90% der Energie in konventionellen Verbrennungsverfahren, vor allem durch Stein- und Braunkohle erzeugt. In der Konsequenz belastet der Emissionshandel Polen in weit höherem Maße als Frankreich, weil Polen wahrscheinlich die meisten Emissions-rechte aller Länder in Europa wird kaufen müssen (hierzu auch Infobox Nr.3, Seite 6).

Infobox Nr. 1

Das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative – Die gesetzlichen Hintergründe

Der Vertrag der EU-Mitgliedsstaaten von Lissabon trat am 1. Dezember 2009 in Kraft. Mit ihm wurden die Institutionen der EU modernisiert und ihre Arbeitsmethoden optimiert, damit die EU effizient und wirkungsvoll den aktuellen Herausforderungen begegnen kann. Mit dem Vertrag von Lissabon sollte auch die Demokratie in der EU und ihre Fähigkeit gestärkt werden, die sich zum Ziel gesetzt hatte, sich jeden Tag für ihre Bürger einzusetzen.

In Folge dieser Veränderungen verabschiedete das Europäische Parlament am 16.02.2011 die Verordnung Nr. 211/2011 über die Bürgerinitiative, die am 11.03.2011 im Amtsblatt der EU veröffentlicht wurde und zum 01.04.2012 nun bald in Kraft treten wird. Damit wird den Bürgern der EU ermöglicht, im Falle von Problemen, die viele Menschen betreffen könnten, die Kommission zu Vorschlägen aufzufordern, wenn eine Bürgerinitiative von mindestens einer Million Menschen unterzeichnet wird, die aber auch aus einem Viertel der Mitgliedstaaten kommen müssen. Eine durch die neue Verordnung ermöglichte Bürgerinitiative kann unter gewissen Rahmenbedingungen erfolgreich werden. Dies sind:

- *Mindestens eine Million Staatsangehörige aus EU Ländern müssen für die Ziele der Bürgerinitiative unterschrieben haben.*
- *Die Unterschriften müssen mindestens aus einem Viertel der EU-Mitgliedstaaten kommen, d. h. derzeit 7 Staaten.*
- *Die Organisatoren einer solchen Initiative haben ein Jahr Zeit, die erforderlichen Zustimmungen zu sammeln.*
- *Pro Staat gilt eine Mindestbeteiligung gemäß einer festgelegten Stimmenanzahl, die dem 750-fachen der jeweiligen Anzahl von Abgeordneten im EU-Parlament entspricht (grobe Faustformel = jeder 1.000 Bürger müsste unterschreiben). In Deutschland sind dies z. B. 74.250 notwendige Stimmen.*
- *Das Sammeln von Unterstützungsbekundungen ist als Unterschrift, aber auch als Onlineregistrierung möglich.*
- *Die geplante Bürgerinitiative darf nicht gegen die Werte der Union, wie sie in Artikel 2 EUV festgeschrieben sind, verstoßen.*

Sind nach den vorgenannten Bedingungen mehr als 1 Million Bürger mit ihrer Unterstützung in den Mitgliedsstaaten registriert und haben die Mitgliedsstaaten innerhalb von 3 Monaten entsprechende Bescheinigungen ausgestellt, dann werden diese durch die Initiative der Kommission vorgelegt. Die Kommission hat danach drei Monate Zeit für die Prüfung der Initiative und die Festlegung des weiteren Vorgehens.

Nach diesem Zeitraum wird die Kommission verpflichtet, auf klare, verständliche und detaillierte Weise die Gründe für ihr nun beabsichtigtes Vorgehen zu erläutern.

Dabei kann sich nunmehr entweder ergeben, dass eine Gesetzesinitiative gestartet wird, die den Zielen der Bürgerinitiative entspricht oder aber die Kommission muss gute Gründe angeben, falls sie nicht beabsichtigt, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. In jedem Falle sind die Organisatoren der Initiative berechtigt, auf allen Ebenen der EU eine entsprechende Anhörung zu erhalten und diese auch in öffentlichen Anhörungen vorzustellen.

Offen bleibt dabei, ob sich daraus dann eine Gesetzesinitiative ergibt, die den Forderungen der Bürgerinitiative im vollen oder im Teilumfang entspricht.



Das EU-Klimaabkommen (Klimapaket)

Das von Solidarna Polska angegriffene System des Klimapaketes oder auch Klimaabkommen genannt besteht aus drei einzelnen Säulen, die zusammen eine gemeinsame Klima- und Energiestrategie umsetzen sollen. Derzeit werden in der EU ca. 4 Milliarden Tonnen CO₂ emittiert.

Das Energie- und Klimapaket zwingt die EU-Länder zur Reduktion von CO₂-Emissionen um 20%. Es drängt den Anteil fossiler Energien zurück und erhöht den Anteil von Erneuerbaren Energien auf 20%. Es soll durch eine Verbesserung der Energieeffizienz um 20% die natürlichen Ressourcen einsparen und Volkswirtschaften entlasten. Alle Ziele des Klimapaketes sind nach den Richtlinien der EU-Kommission für jeden Mitgliedsstaat bis zum Jahre 2020 zu erreichen.

Die **EU-Richtlinie für Emissionshandel** Nr. 29 vom 23. April 2009 (2009/29EG), vormals Richtlinie 2003/87/EG, mit ihrem Emissionshandelssystem (ETS – Emissions Trading System), wurde seit 01.01.2005 eingeführt und geht zum 01.01.2013 in eine neue Phase. Ab 2013 werden die Zuteilungen von Emissionsrechten an Energieversorger und Industrieunternehmen nicht mehr oder nicht mehr vollständig kostenlos erfolgen. Die derzeit rund 11.000 vom Emissionshandel betroffenen Unternehmen in 30 Staaten Europas (27 EU-Staaten plus Liechtenstein, Island und Norwegen) müssen immer höhere finanzielle Mittel aufwenden, um die notwendigen Emissionsrechte zum Ausstoß von CO₂ und fünf anderen Treibhausgasen zu erwerben. Da die EU bei der Bekämpfung des Klimawandels eine Vorreiterrolle übernehmen will, müssen bis 2020 die Emissionen der definierten Unternehmen um 20% gesenkt werden (gegenüber dem Basisjahr 2005). Würden die USA und die Schwellenländer sich auf vergleichbare Ziele festlegen, wäre die EU bereit, die Emissionen um dann 30% zu verringern.

Insgesamt werden den Unternehmen in 2012 rund 2 Milliarden Emissionsrechte/Tonnen pro Jahr zugeteilt mit dann ab 2013 ständig abnehmender Menge bis 2020. Die nicht vom Emissionshandel betroffenen Unternehmen und Wirtschaftssektoren stoßen ebenfalls rund 2 Milliarden Tonnen CO₂ aus, werden aber über die anderen Säulen des Klimapaketes erfasst.

Die neue **EU-Richtlinie für Energieeffizienz** ist in Vorbereitung, die zum 2013 in Kraft treten soll.

Schon im Jahre 2007 hatte die Kommission beschlossen, den Primärenergieverbrauch in der EU bis 2020 um 20 Prozent zu reduzieren gegenüber 2005. Um dieses ambitionierte Ziel trotz der bisher eingetretenen Verzögerung zu erreichen, erarbeitet die EU-

Kommission derzeit ein neues Maßnahmenpaket, um die Energieeinsparziele dennoch zu erreichen.

In dem Maßnahmenpaket sollen die bestehenden EU-Richtlinien zu Energiedienstleistungen (2006/32/EG) und zur Kraft-Wärme-Kopplung (2004/8/EG) weitestgehend ersetzt und in eine neue Richtlinie oder Verordnung überführt werden. Diese neue Richtlinie sieht umfassende Maßnahmen für eine effiziente Energienutzung in sämtlichen Bereichen der Energiewertschöpfungskette vor; von der Energieerzeugung über die Energieumwandlung, Energieverteilung und speziell zur Einschränkung des Verbrauchs von Energie.

Die **EU-Richtlinie für die Erneuerbaren Energien** Nr. 28 vom 23. April 2009 (2009/28EG) regelt die Förderung der Nutzung von Energien aus erneuerbaren Quellen.

Mit der EU-Richtlinie Erneuerbare Energien werden hohe und verbindliche Ziele für die EU-Mitgliedsstaaten gesetzt. Es muss für alle Mitgliedsstaaten bis zum Jahre 2020 ein Anteil von durchschnittlich 20% des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch der Energien erreicht werden. Nur im Verkehrssektor gilt ein verminderter Prozentsatz von mindestens 10% erneuerbaren Energien, der erreicht werden muss. Die Richtlinie sieht differenzierte, nationale Gesamtziele der EU-Mitgliedstaaten vor. Zum Beispiel 10% für Malta, 15% für Polen, 15% für Deutschland und 49% für Schweden.

Damit die nationalen Ziele erreicht werden können, ist die EEG-Richtlinie Nr. 28 Erneuerbare Energien vorwiegend auf nationalen Förderinstrumenten aufgebaut. Es ist jedoch auch möglich, dass ein Mitgliedsstaat sein Ziel erreicht, indem er Projekte in anderen Mitgliedsstaaten fördert bzw. durch direkten, physischen Transfer von Mengen erneuerbarer Energien aus einem anderen Mitgliedstaat seinen nationalen EEG-Anteil erhöht. Mit dieser Richtlinie werden erstmals auch Kriterien für Nachhaltigkeit für die Herstellung von Biomasse zur energetischen Verwendung festgelegt.

Insgesamt für die EU betrachtet, wird mit dieser Richtlinie erstmals eine europäische Gesamtregelung für alle Bereiche der erneuerbaren Energien im Bereich des Transports (Diesel/Benzin), von Strom und von Wärme/Kälte eingeführt. Die bis 31.12.2011 geltenden bisherigen Richtlinien zur Förderung der erneuerbaren Energien, der Strom-Richtlinie 2001/77/EG und der Biokraftstoff-Richtlinie 2003/30/EG wurden damit aufgehoben und durch diese neue EU-Richtlinie zu Erneuerbaren Energien ersetzt.



Die von Solidarna Polska entdeckte „Klima-Lüge“

Solidarna Polska hat zu dem Klimapaket der EU-Kommission und zu den globalen Klimaproblemen der Menschheit eine sehr spezielle Sichtweise entwickelt, die sich insbesondere in einer sehr extremen Weise spürbar von anderen Sichtweisen unterscheidet.

Nachfolgend werden einige Punkte aufgelistet, die auf der Pressekonferenz vom 02.01.2012 durch die Solidarna Polska publiziert wurden:

- a) Die Politiker der Solidarna Polska betonen, dass die EU-Länder die CO₂ Emission zwar drastisch reduzieren wollen, aber dabei dann Volkswirtschaften, die für die meisten CO₂ Emission verantwortlich sind, dafür keinerlei Pläne besitzen.
- b) Es gibt immer mehr Berichte, die die Theorie der globalen Erwärmung widerlegen. Deswegen halten Teile der Wissenschaft die Reduktion der CO₂ Emissionen für sinnlos, weil sich die globale Erwärmung nur aus den zyklischen Temperaturschwankungen auf der Erde ergibt und nicht durch menschliche Tätigkeiten verursacht wird (Zitat: Jacek Kurski).
- c) Nach Meinung der Solidarna Polska muss unterstrichen werden, dass die Behauptung über den Treibhauseffekt nur eine Hypothese ist, für die es (wie für vieles andere auch) keine eindeutige Beweise gibt. Die offensichtlichen Klima- und Wetterereignisse seien einfach auf eine normale Periodizität zurück zu führen, die in der Chronik unserer Erde öfter schon vorgekommen ist.
- d) Experten haben die Falschheit der Prognosen über das Abschmelzen der Gletscher bestätigt (Zitat: Europaabgeordnete Jacek Kurski).
- e) Die EU hat die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnisse ihrer Bürger den Bedürfnissen des Klimaschutzes untergeordnet, was aber nur sehr schwach mit einer Notwendigkeit begründet worden ist (Zitat: Prof. Mariusz Orion-Jędrysek).
- f) Das Klimapaket der EU wurde de facto nur deswegen „erfunden“, damit die Wettbewerbsvorteile weniger entwickelter EU-Mitgliedsstaaten von den stärkeren EU-Staaten „liquidiert“ werden können (Zitat: Ludwik Dorn)

Aus den vorgenannten Gründen ist nach Meinung der Solidarna Polska das Klimapaket der EU-Kommission „ein Irrtum“. In der jetzigen Form beeinträchtigt das Paket die Industrie, führt zur Erhöhung der Lebensunterhaltskosten der Bürger, gefährdet den

Arbeitsmarkt und verursacht die Verarmung Polens und anderer Länder.

Infobox Nr. 2

Die treibenden Personen und Gründer der 1. EU-Bürgerinitiative gegen den Emissionshandel

Ludwik Stanislaw Dorn ist Politiker, Soziologe und Publizist. Er war in 2007 Präsident des polnischen Parlaments (Sejmmarschall) (poln.: Marszałek Sejmu). Dorn ist Mitbegründer der Partei Recht und Gerechtigkeit, er war von 2005 bis 2007 polnischer Vizepremier sowie Minister des Inneren und der Verwaltung in den Regierungen von Kazimierz Marcinkiewicz und Jaroslaw Kaczyński.

Zbigniew Ziobro ist Politiker und Jurist, war in drei Wahlperioden Sejm Abgeordneter und von 2005 bis 2007 Justizminister und Generalstaatsanwalt in den Regierungen von Kazimierz Marcinkiewicz und Jaroslaw Kaczyński. Seit 2001 ist er Funktionär der Partei Recht und Gerechtigkeit und leitete in 2005 auch den Wahlkampf um das Präsidentenamt für Lech Kaczyński. Bei der Europawahl 2009 wurde er ins Europäische Parlament gewählt. Seit 4. November 2011 von seiner Partei PiS Prawo i Sprawiedliwość ausgeschlossen.

Jacek Olgierd Kurski ist Journalist und Politiker. Er war von 2005 bis 2009 Sejm Abgeordneter und ist seit 2009 Europaabgeordneter. Als Sohn von Anna Kurska, einer Aktivistin der oppositionellen Gewerkschaft Solidarność und ehemaligen Senatorin und als Bruder des Jaroslaw Kurski, einem engagierten Journalisten, war er schon in den frühen 1980er Jahren in der Opposition aktiv und Mitglied der Gewerkschaft Solidarność. Nach 1989 war er mit vielen rechten Parteien verbunden und wechselte öfter seine jeweiligen Mitgliedschaften. Am 4. November 2011 wurde er zusammen mit Zbigniew Ziobro und weiteren Abgeordneten aus der Partei Prawo i Sprawiedliwość PiS ausgeschlossen.

Mariusz Orion Jędrysek ist Professor für Geowissenschaften, Politiker, ehemaliger Stellvertretender Minister für Umwelt, Mitglied des Europäischen Parlaments und Mitbegründer der Solidarna Polska. 2008 wurde er Direktor des Institutes für Clean-Coal-Technologien in Wroclaw und im Jahr 2009 auch Direktor des Wroclaw Centre für Regional Innovation Implementation in der Gemeinschaft Climate KIC.

Janusz Śniadek, Führer der NSZZ „Solidarność“ seit 2002 Vorsitzenden der Betriebskommission (Komisja Krajowa) der Solidarność. Die Hauptgewerkschaft Solidarność, besteht aus 37 Regionen und 16 Branchengewerkschaften. Sie wird seit September 2002 von ihm geführt.



Polen und die Atomkraft

Zwangsläufig kommt in Polen manchem der Gedanke, über die Kernenergie als Alternative zur Kohle nachzudenken.

Die Energievorräte Polens in Form von Kohlen sind trotz allem nicht so groß, dass man nicht darüber nachdenken sollte, wie diese ergänzt oder ersetzt werden könnten.

Da Solidarna Polska das Klimapaket der EU-Kommission als eine auf die polnische Nation gerichtete „Waffe“ versteht, sollte man nach deren Meinung schon deswegen die Option der Kernenergie in Betracht ziehen.

Leider ist aber auch die Einschätzung der Solidarna Polska richtig, dass die jetzt entstandene Verbindung zwischen den Plänen eines Atomkraftwerkbaues und dem Klimapaket der EU die Investitionskosten eines Atomkraftwerkes extrem erhöhen werden. Grund ist ganz simpel die Regel von Angebot und Nachfrage. Alles deutet bereits jetzt darauf hin, dass die Atomkraftwerkhersteller (allen voran Frankreich) von den Polen deutlich höhere Preise verlangen werden, weil diese wissen, dass der Kauf von Emissionsrechten die polnischen Kraftwerksbetreiber noch mehr kosten würde.

Die polnische Tendenz zur Übertreibung und zur Tragödie

Wenn man die vorhandenen Rohstoffe Polens betrachtet, dann scheint es, dass die Kohle noch lange als Brennstoff zur Verfügung steht und aufgrund der nationalen Herkunft kein Werkzeug für eine energetische Erpressung werden wird wie z. B. dies im Falle von Erdgas in den Händen von russischen Oligarchen ist (Zitat: Solidarna Polska).

Insofern ist hier nach Meinung der Solidarna Polska die besondere Tragik Polens darin zu sehen, dass durch die EU-Mitgliedschaft ein ökologischer Druck ausgeübt wird, der noch viel schneller und tiefgreifender wirken wird als eine energetische Erpressung durch das Ausland.

Die Ablehnung aller Klimamaßnahmen der EU-Kommission durch die Solidarna Polska gipfelt in der Aussage, dass die polnische Nation schon oft in ihrer Geschichte „in die Flasche gesteckt“ wurde und dies auch oft nicht ohne Eigenbeteiligung.

Seit der Jaltakonferenz 1945 und der Verschiebung der Grenzen Polens Richtung Westen ist dies die ordinäre, russische „Gasflasche“ gewesen. „Diese Flasche hat das Polnische Volk noch nicht richtig verlassen und lässt sich schon wieder in die nächste Flasche stecken;

diesmal ist dass das sehr elegante Klimapaket“ (Originalzitat Solidarna Polska).

Infobox Nr. 3 Polen und die Kohle

Die Ressourcen von Steinkohle in Polen werden auf ca. 43,1 Mrd. Tonnen geschätzt. Die bisher entdeckten Mengen von Braunkohle werden auf 13,6 Mrd. Tonnen geschätzt.

Unter der Berücksichtigung der verschiedenen Brennwerte von Stein- und Braunkohle 23 GJ/14,25 GJ pro Tonne kann errechnet werden, dass Polen über 1.200 Milliarden GJ Energie verfügt, die in diesen Rohstoffen enthalten ist.

Da in Polen jährlich ca. 83 Mio. Tonnen Steinkohle und 60 Mio. Tonnen Braunkohle verbraucht werden, entspricht dies etwa einer Energiemenge von 2,8 Milliarden GJ Energie. Ohne Exporte und bei Annahme eines gleichbleibenden Verbrauches würden die Kohlevorräte für rund 400 Jahre reichen.

Die Chancen der EU-Initiative auf Veränderung des Klimapaketes und des Emissionshandels - Fazit

Die Befürchtungen der Solidarna Polska und der von ihr beschworenen Folgen des EU-Klimapaketes für den größten Teil der Mitgliedstaaten sind nach Ansicht von Emissionshändler.com® grundsätzlich nicht falsch und insbesondere für Staaten wie Polen, Tschechien, Slowakei, Bulgarien und Rumänien durchaus realistisch. Dies beweisen z. B. statistische Erhebungen und Vergleiche der Energiekostenentwicklung zwischen Polen und Frankreich oder Deutschland in den letzten 3 Jahren.

Dass in einem von Kohle dominierten Land wie Polen, welches ein eindeutig niedrigeres Einkommensniveau als Deutschland oder Frankreich hat, die mindestens genauso hohen Steigerungen der Energie- und Lebenshaltungskosten eine proportional viel höhere Auswirkung haben, ist inzwischen wohl fast erwiesen. Auf dieser Basis einer nicht nur gefühlten, sondern tatsächlich gerade eintretenden Benachteiligung wird die Solidarna Polska (gerade auch mit Hilfe der Solidarność) sicherlich relativ leicht eine Anzahl von einer Million Unterstützern finden.

Was nach Eindruck von Emissionshändler.com® jedoch in grober Weise von der Solidarna Polska verschwiegen wird ist die Tatsache, dass die EU-Kommission die Belastungen im Emissionshandel 2013-2020 für Polen und auch andere kohleintensive Mitgliedsnationen durch Sonder- und Übergangsregeln durchaus stärker abgemildert hat, wenn man den EU-Durchschnitt als Vergleich heranzieht.



Der von der durch das EU-Klimapakete befürchtete Abbau von 250.000 Arbeitsplätzen in Polen könnte nach Meinung von Emissionshändler.com® eher noch zu tief gegriffen sein. Grund dafür ist die berechnete Gefahr, dass die durch das Klimapakete ebenfalls neu entstehenden Arbeitsplätze in teilweise ganz anderen Branchen geschaffen werden, als dort, wo sie abgebaut werden müssen. Das erfordert von den Menschen eine hohe Flexibilität, die von Natur aus nicht einem jedem gegeben ist. Da ist es zu Recht zu befürchten, dass viele - speziell auch ältere Arbeitnehmer - diese Flexibilität und auch die notwendige Bereitschaft hierfür nicht mehr aufbringen können (oder wollen).

Wenn in einem solchen, sich immer schneller verändernden Lebens-Umfeld größeren Teilen der Bevölkerung die Möglichkeit genommen wird, ihren Lebensunterhalt und ihre Grundbedürfnisse wie Wohnen, Essen, Wärme und Kleidung zu erfüllen und zudem der Wunsch nach Arbeit und Erhalt eines minimalen Lebensstandard nicht mehr ermöglicht wird, dann kann dies tatsächlich ein Grund sein, sich einer Europäische Bürgerinitiative anzuschließen.

Für eine solche Bürgerinitiative wird sich nach Einschätzung von Emissionshändler.com® in der gegebenen Situation in Polen und seiner Nachbarn aus dem ehemaligen Ostblock relativ leicht eine Mehrheit finden lassen. Dies vor allem deswegen, weil die Regelungen zum neuen EU-Gesetz zur Bürgerinitiative ja nur minimale Mindeststimmen aus 7 EU-Staaten fordern.

Beispielsweise ist die EU-Bürgerinitiative schon dann erfolgreich, wenn aus

- Rumänien 24.750
- Ungarn 16.500
- Slowakei 9.750
- Tschechei 16.500
- Bulgarien 12.750
- Estland 4.500

entsprechende Mindest-Stimmen kommen. Der „Rest“ von dann noch aufzubringenden rund 900.000 Stimmen wird aus Polen kommen.

Die geballte Organisationskraft der Solidarna Polska und der Gewerkschaft Solidarność wird bei den von ihr beschworenen 60-80% steigenden Kosten- und Lebenshaltungsproblemen - die ja auch schon jetzt massiv vorhanden sind - bis zu 900.000 Stimmen ohne Probleme auf die Beine bringen.

Je mehr Menschen das Gefühl haben, dass ihre persönliche Existenzsicherung (annehmbare Behausung, nahrhaftes Essen, sauberes Wasser, hinreichendes

Einkommen, gesellschaftliche Anerkennung) bedroht ist, desto eher wird der Klimaschutz in den Hintergrund gedrängt. Plakativ formuliert:

- Hoher Lebensstandard oder Klimaschutz
- Ausreichender Lebensstandard oder Klimaschutz
- Arbeitsplatz oder Klimaschutz
- Essen, Wohnen, Wärme, Kleidung oder Klimaschutz
- Leben oder Klimaschutz

Ein einfacher Grund, weshalb Menschen Klimaschutzmaßnahmen ablehnen, ist der Gedanke: Klimaschutz schützt nicht mich, sondern andere oder er wirkt erst weit in der Zukunft.

Da diese Gefahr für einen nennenswerten Anteil der polnischen Bevölkerung in Zukunft durchaus besteht

CO2-Emissionshandel in Polen

5. kostenloses Seminar, teilweise gefördert durch die EU



Auch im Jahre 2012 erhalten polnischen Unternehmen durch die EU eine hervorragende Chance, sich zur Thematik Emissionshandel in kaufmännischer und technischer Weise zu informieren.

Pünktlich vor Beginn der Sommerferien findet in Berlin (Deutschland) wiederum ein teilweise gefördertes Seminar statt, welches den Unternehmen in polnischer Sprache verschiedene aktuelle Themen aus dem europäischen CO2-Emissionshandel darstellt.

Das Seminar ist für kleine und mittlere Anlagenbetreiber und für die Kunden von Emissionshändler.com® kostenfrei (weitere Details in der Einladung Anfang Mai 2012). Auch die Hotelunterkunft, Essen und Getränke werden übernommen, die Kosten der Anreise werden teilweise ebenfalls übernommen. Das 2-tägige Seminar wird von Emissionshändler.com® veranstaltet und beinhaltet zudem für interessierte Konferenzteilnehmer ein Abendprogramm mit Schiffsrundfahrt durch Berlin mit Musik und Tanz.

Ziel des Seminars ist, dass die Mitarbeiter von emissionshandlungspflichtigen Anlagen und Flugzeugbetreiber in Polen aktuell zu der 3. Handelsperiode 2013-2020 informiert werden und hierbei besonders zu den in diesem Sommer 2012 zu erstellenden Überwachungsplänen/Monitoringkonzepten. Das Seminar findet statt:

14.06.2012, 12.30h bis 15.06.2012, 15.30h, Berlin, DE
Info und Anmeldung ab Anfang Mai 2012 möglich.



(wie auch in einigen anderen Mitgliedsstaaten), könnte man der Solidarna Polska tatsächlich zutrauen, die EU-Initiative zu einem Erfolg zu führen und das Klimapaket der Mitgliedsstaaten stärker ins Wanken zu bringen. Insofern ist Solidarna Polska rein subjektiv und aus der Sicht bestimmter ärmerer Bevölkerungsschichten eine positive Sache.

Was man der Solidarna Polska hingegen auf keinen Fall verzeihen sollte, ist die Tatsache, dass zur Verstärkung aller Argumente auch die Leugnung des Klimawandels hinzugezogen wird. Die Verbreitung dieser „Klima-Lüge“ ist nicht nur schädlich für unsere Erde, sondern auch der Versuch, breitere Bevölkerungsschichten zu verdummen und für ihre EU-Bürger-Initiative zu missbrauchen.

Disclaimer

Dieser Emissionsbrief wird von www.handel-emisjami.pl der GEMB mbH herausgegeben und dient ausschließlich zu Informationszwecken. Die in diesem Emissionsbrief enthaltenen Informationen werden ohne Übernahme einer Gewähr zur Verfügung gestellt und es wird keine Garantie für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Informationen gegeben. Kauf- oder Verkaufsentscheidungen, die aufgrund von Informationen in diesem Brief getätigt werden, sind vom Unternehmen ausschließlich freiwillig und ohne Beeinflussung erfolgt.

Emissionshaendler.com®

Mitglied der Österreichischen Energiebörse EXAA
Teilnehmer der Niederländischen Energiebörse APX
Handelszugang zur EEX Leipzig
Mitglied im Vorstand Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz BVEK www.bvek.de

GEMB mbH, Helmholtzstraße 2-9, Niemcy -10587 Berlin
Telefon: +49 30 – 897 25 954, Telefon: +49 30 – 398 8721-31
Telefax: +49 30 – 398 8721-29
Web: www.emissionshaendler.com , www.handel-emisjami.pl
Mail: nielepiec@handel-emisjami.pl , info@emissionshaendler.com